

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 ppbn d



## Inhalt

Hans-Jochen Vogel, SPD-Fraktionsvorsitzender im Berliner Abgeordnetenhaus, stellt fest, daß das Nürnberger Anklagedebakel Schaden anrichtet: Die Eiferer in der Sackgasse.

Seite 1

Thomas Schröder MdB fordert, die Akzeptanz der Ausländerpolitik zu verbessern: Wegtauchen hilft nicht.

Seite 2

Gisela Böhrk MdL stellt das Programm zur Gleichstellung von Männern und Frauen der SPD Schleswig-Holstein vor: Wertänderung in der Gesellschaft.

Seite 4

Hans Büchler MdB entwickelt ein Panorama der innerdeutschen Beziehungen am Anfang der 80er Jahre: An Perspektiven braucht es nicht zu fehlen!

Seite 6

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 812-1

36. Jahrgang / 229

1. Dezember 1981

### Die Eiferer in der Sackgasse

Das Nürnberger Anklagedebakel richtet Schaden an

Von Dr. Hans-Jochen Vogel

SPD-Fraktionsvorsitzender im Berliner Abgeordnetenhaus

Ein vielstimmiger konservativer Chor hat im Frühjahr die Massenverhaftungen in Nürnberg begeistert bejubelt. Hier zeige der Staat endlich Stärke; hier werde der planmäßigen Zerstörung des Rechtsbewußtseins endlich Einhalt geboten; hier werde dem Gesetz endlich Genüge getan - so lautete der gängige Refrain vieler Artikel und Reden.

Nachdenklichere waren schon damals skeptisch. Sie fragten, ob hier nicht ganz undifferenziert verfahren worden sei. Ob hier nicht junge Menschen in großer Zahl für lange Zeit zu Gegnern des Staates gemacht worden seien. Ob nicht die Bewältigung eines gesellschaftspolitischen Problems vorschnell der Justiz und der Polizei aufgebürdet worden sei. Und einige warfen auch die Frage auf, ob verfahrensmäßig alles mit rechten Dingen zugegangen sei.

Alle, die so nachdachten oder gar fragten, wurden grob abgefertigt. Selbst Herr Geißler, Generalsekretär der CDU, zog sich den Unmut seiner Oberen zu, weil er zu sagen wagte, er halte die Massenverhaftungen für "eine vorbeugende Reaktion, die mit den geltenden Gesetzen gerade noch vereinbar, in ihren politischen Auswirkungen aber für die Union nicht günstig" sei.

Jetzt hat sogar Herr Geißler unrecht bekommen. Das Verfahren war mit dem Gesetz unvereinbar. Es war nach den Feststellungen der Strafkammer in Nürnberg im Ermittlungs- und Anklageabschnitt eindeutig rechtswidrig. Recht hatten also die Fragenden, die Nachdenklichen und die Protestierenden. Sie stehen auf der Seite des Gesetzes und des Rechtsstaates. Und der Schaden ist sogar noch viel größer, als sie vorausgesehen haben. Als einziger Lichtblick bleibt die Unabhängigkeit der Nürnberger Richter. Sie haben dem Rechtsbewußtsein besser gedient, als alle Eiferer und Scharfmacher. Ob sie das nächstmal kleinlauter auftreten, ob sie aus ihren gefährlichen Fehlern lernen werden? Ob sie gar einsehen werden, daß die Leiseren die klügeren waren? - Man wird es sehen. Im Interesse des Gemeinschaftsfriedens muß man es hoffen und Sozialdemokraten sollten nicht müde werden, dafür zu werben und zu kämpfen.

(-/1.12.1981/bgy/oa)



Wegtauchen hilft nicht

Akzeptanz der Ausländerpolitik muß verbessert werden

Von Thomas Schröder MdB

Die Ausländerfeindlichkeit in unserem Land nimmt zu. Sie schlägt sich in den Leserbriefspalten der Zeitungen nieder, sie artikuliert sich bei politischen Diskussionsrunden oder - schlimmer - an Häuserwänden: "Ausländer raus". Selbst viele, die den Verdacht der Ausländerfeindlichkeit weit von sich weisen würden, zeigen sich in beunruhigender Weise aufgebracht über die wachsende Zahl von Ausländern in der Bundesrepublik. Angesichts zunehmender wirtschaftlicher Schwierigkeiten muß davon ausgegangen werden, daß sich das Meinungsklima in der Bevölkerung weiter verschlechtert. Die Politiker reagieren hierauf mit zunehmender Ratlosigkeit. Manche empfehlen, vor den aufgekommenen Problemen "wegzutauchen", einige - vor allem aus dem Lager der CDU/CSU - machen sich die allgemeine Stimmungslage zunutze oder schüren sie gar. So schändlich dieses, so untauglich das andere. Wegtauchen hilft nicht. Es verschärft die Probleme, statt sie zu beseitigen.

Wir alle müssen uns vorhalten lassen, zu der gegenwärtigen schwierigen Situation mit beigetragen zu haben:

- Wir haben es zugelassen, daß Millionen von Ausländern in unser Land gekommen sind, - vielleicht mehr, als unsere Gesellschaft "verkräften" kann.
- Unsere Ausländerpolitik - im Bund, in den Ländern, in den Kommunen - war von Beginn an defensiv angelegt. Ihr unausgesprochenes Motto war: "Das Schlimmste verhüten."
- Das Postulat der Integration ist zur Einigungsformel verkommen; tatsächlich entwickelt sich die Ausländerpolitik in den Ländern und Gemeinden zunehmend auseinander.
- Die zur Zeit hysterisch geführte Diskussion über die Asylbewerber hat die Aversionen gegen Ausländer in unserer Bevölkerung verstärkt. Denn: wer vermag zu unterscheiden zwischen einem türkischen Asylbewerber, der - weil ihm die Arbeitserlaubnis verweigert wird - tagsüber in der Duisburger Bahnhofshalle "herumlungert" und dem Türken, der seit 15 Jahren als Facharbeiter bei Mannesmann beschäftigt ist?

Tatsache ist: Die Zahl der Ausländer in der Bundesrepublik ist heute immer noch niedriger als 1976. Aber damals regten sich nur wenige auf, weil es uns wirtschaftlich gut ging. Dies hat sich geändert. Und auch die Reaktionen sind andere geworden. Ist es deshalb abwegig zu vermuten, daß viele noch immer die bei uns lebenden Ausländer als abhängige Variable der jeweiligen konjunkturellen Situation betrachten?

Bundeskanzler Helmut Schmidt hat hierzu auf dem Essener Parteitag der SPD 1980 erklärt: "Es war ein Fehler, so viele Ausländer ins Land zu holen. Aber jetzt müssen wir aufpassen, daß wir nicht die Ausländer diesen Fehler entgelten lassen."

Dieses Wort muß als Maßstab unserer Ausländerpolitik gelten: "Die Ausländer nicht unsere Fehler entgelten lassen."

Konkret heißt dies:

- Der Anwerbestopp von 1973 muß aufrecht erhalten bleiben. Nur unter dieser Voraussetzung können unsere Integrationsbemühungen längerfristig erfolgreich sein.
- Die Familienzusammenführung darf nicht eingeschränkt werden. Wir können nicht die "vollständige Familie" zum Leitbild unserer Familienpolitik erheben und zugleich den Ausländern verwehren, als Familie zusammenzuleben.
- Die Integrationsbereitschaft der Ausländer muß durch eine Verbesserung ihrer rechtlichen Situation gestärkt werden. Die Erleichterung der Einbürgerungsmöglichkeit reicht



hierzu - so wichtig sie ist - nicht aus. Sie verlangt zumal von den älteren Ausländern eine Entscheidung, die sie überfordert. Mein: wer hier lebt, muß wissen, daß er hier auf Dauer bleiben darf. Nur so ist von ihm eine auf Integration ausgerichtete Lebensplanung zu erwarten.

- Die Ausländer in der Bundesrepublik sind nur in der Statistik eine homogene Bevölkerungsgruppe. "Den" Ausländer" gibt es nicht. Die Übergangsquote jugoslawischer Kinder zu weiterführenden Schulen etwa liegt über der deutscher Kinder aus Arbeiterfamilien. Das Außerachtlassen des unterschiedlichen Integrationsniveaus der einzelnen Nationalitätengruppen führt - etwa in der Berliner Schulpolitik - zu fatalen Konsequenzen.

Vereinfacht gesagt: Das Ausländerproblem in der Bundesrepublik ist ein Türkenproblem. Dies muß deutlicher als bisher ausgesprochen werden. Nicht, um eine Nationalitätengruppe ins Abseits zu stellen, sondern um im Gegenteil alle Integrationsanstrengungen auf diesen Personenkreis zu konzentrieren.

- Die prognostizierten Ausländeranteile an der bundesdeutschen Gesamtbevölkerung im Jahre 2.000 oder 2.030 (elf Prozent beziehungsweise 20 Prozent) taugen nicht als Argument in der aktuellen politischen Diskussion. Sie sind geeignet, Ängste auszulösen, weil nicht mitbedacht wird, daß die meisten der statistisch als "Ausländer" firmierenden zu diesem Zeitpunkt längst "Deutsche" (wenn auch möglicherweise mit anderer Staatsangehörigkeit) sein werden. Wer gleichwohl solche Zahlenspiele betreibt, muß sich die Frage nach seinen Motiven gefallen lassen.
- Die prognostischen Erwartungen verleiten Politiker wie L. Späth dazu, auch in "Rückführungsprogrammen" eine Lösungsmöglichkeit für das Ausländerproblem zu sehen. Hier ist vor Illusionen zu warnen. Im Gegenteil: da die Erfolgsaussichten solcher Programme nach allen bisherigen Erfahrungen und bei realistischer Einschätzung der Rückkehrbereitschaft der Ausländer gering einzuschätzen sind, muß gefragt werden, ob die hierfür bereitgestellten Finanzmittel nicht besser für zusätzliche Integrationsmaßnahmen verwandt würden. Mit finanziellen Anreizen verbundene "Rückführungsprogramme" dürften nicht nur auf wenig Verständnis in der deutschen Bevölkerung stoßen, sie stellen darüber hinaus auch das Integrationskonzept selbst in Frage.

Wenn wir in der Ausländerpolitik einen Schritt nach vorne tun wollen, dann ist es unabdingbar notwendig, die Akzeptanz dieser Politik in der deutschen Bevölkerung zu verbessern. Wir dürfen uns nicht länger verlegen um die Tatsache herumdrücken, daß es Millionen von Ausländern gibt, die auf Dauer in diesem Land leben wollen. Wir müssen bereit sein, dies zu bejahen. Und zu sagen: Ohne diese Millionen von Ausländern wäre es nicht möglich gewesen, unseren heutigen Wohlstand zu erwirtschaften. Und ohne sie könnte er künftig nicht gehalten werden.

Die Akzeptanz unserer Ausländerpolitik zu verbessern, muß zu einer gemeinsamen Aufgabe aller gesellschaftlichen Gruppen werden. Parteien, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, Wohlfahrtsorganisationen, Kirchen, die Medien zumal: Sie alle können ihren Beitrag hierzu leisten.

Wer um mehr Verständnis für Ausländer wirbt, dient nicht nur dem inneren Frieden, er dient auch dem Ansehen unseres Landes draußen.

Die soziale Qualität eines Staatswesens läßt sich immer daran prüfen, wie es in wirtschaftlich schwierigen Zeiten mit denen umgeht, die es schwerer haben als andere, - die nicht mit dem Marschallstab im Tornister geboren wurden. Dazu gehören bei uns die Ausländer. Wir haben diese Prüfung noch nicht bestanden. (-/1.12.1981/va-he/ca)

+

+

+



### Wertänderung in der Gesellschaft

-----

Schleswig-Holsteins SPD hat ein Programm zur  
Gleichstellung von Männern und Frauen beschlossen

Von Gisela Böhrk MdL

Als erster Landesverband haben die schleswig-holsteinischen Sozialdemokraten auf einem Sonderparteitag ein Programm zur Gleichstellung von Männern und Frauen beschlossen. Gleichstellungspolitik wird von ihnen nicht als Lobby-Politik für Frauen verstanden, sondern als Teil eines umwälzenden gesellschaftlichen Veränderungsprozesses, der es Männern und Frauen möglich machen soll, ohne rollenbestimmte Zwänge partnerschaftlich miteinander in Familie und Gesellschaft zu leben. "Gleichstellung bedeutet nicht nur das Schaffen von Chancengleichheit in einer an 'männlichen Werten' orientierten Gesellschaft", heißt es in dem Beschluß, "sondern bedeutet ein Aufbrechen der Rollen- und Machtstrukturen. Gleichstellungspolitik muß auch eine Änderung der Werte in der Gesellschaft bedeuten". Hierzu müssen Veränderungen in Schule, Arbeitswelt und im sozialen Bereich durchgesetzt werden. Aber ohne den Willen auch zur persönlichen Veränderung kann es weder Gleichstellung noch Partnerschaft geben.

Im Bereich von Bildung und Erziehung, vom Kindergarten bis zur Hochschule, soll die rollenspezifische Erziehung von Mädchen und Jungen abgebaut werden,

- Lehrbücher sollen daraufhin untersucht werden, ob sie ein Männer- und Frauenbild im Sinne der Gleichstellung vermitteln.
- Die Geschichte, die künstlerischen und literarischen Leistungen von Frauen sollen im Schulunterricht berücksichtigt und es soll dem Vorurteil entgegengewirkt werden, daß Mädchen im mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich weniger begabt sind.
- Alle Schüler und Schülerinnen sollen zwei Betriebspraktika durchlaufen. Dabei sollen Jungen auch in "frauenspezifischen" Berufen, Mädchen auch in "männerspezifischen" Berufen berufliche Erfahrung und Orientierung gewinnen.
- Jungen und Mädchen sollen auch in der Schule in gleicher Weise auf Aufgaben in der Familie vorbereitet werden.

Männer und Frauen können sich Berufs- und Familienaufgaben dann partnerschaftlich aufteilen, wenn Frauen in der Arbeitswelt gleichgestellt sind. Solange Frauen weniger verdienen als Männer, wird es die Wahlmöglichkeit für einen Mann, zugunsten der Familie auf Berufstätigkeit zu verzichten, praktisch nicht geben. Um die Benachteiligung von Frauen in der Arbeitswelt aufzuheben, haben die schleswig-holsteinischen Sozialdemokraten beschlossen,

- daß das Arbeitsförderungsinstrumentarium (soweit es in Form der Umschulung, Eingliederung und Arbeitsbeschaffung weiter besteht) entsprechend der Arbeitslosenquote von Männern und Frauen eingesetzt werden soll,
- daß öffentliche und private Unternehmen, soweit sie staatliche Subventionen beanspruchen, Gleichstellungspläne entwickeln sollen, um den Anteil von Männern und Frauen in allen Unternehmensstufen schrittweise einander anzugleichen;
- daß die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit Vorrang vor der Verlängerung des Urlaubs und der Verkürzung der Lebensarbeitszeit hat,
- daß die Tarifvertragsparteien in Verhandlungen über individuelle Arbeitszeitregelungen entsprechend den Wünschen von Männern und Frauen, insbesondere in Zeiten der Kindererziehung eintreten.



Nach einer kontroversen Debatte, über die Vor- und Nachteile von Teilzeitarbeit andere Modelle von Arbeitszeitregelungen, forderte der Parteitag, kurzfristig verstärkt Teilzeitarbeitsplätze anzubieten, die sich in ihrer arbeitsrechtlichen und sozialen Absicherung sowie in ihrem Qualifikationsniveau von der bisher überwiegend angebotenen Teilzeitarbeit unterscheiden - nicht als Alternative, sondern als eine Übergangsmaßnahme zur generellen Arbeitszeitverkürzung.

Einen besonderen Stellenwert hatte das Thema "Gewalt gegen Frauen". Die Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein haben das Wagnis unternommen, dieses schwierige Thema, das insbesondere von der Frauenbewegung aufgegriffen worden ist, in die politische Diskussion einzubringen. Mit Engagement und Betroffenheit hat der Parteitag die geschichtlichen und gesellschaftlichen Ursachen männlicher Gewalt gegenüber Frauen erörtert, die sich nicht allein in körperlicher Mißhandlung und Vergewaltigung, sondern auch alltäglich in der wirtschaftlichen und sozialen Abhängigkeit vom Mann und in der Benachteiligung im Arbeitsleben ausdrückt.

Beschlossen wurde die Unterstützung autonomer Frauenhausinitiativen, Notruftelefone für Opfer von Vergewaltigungen und die strafrechtliche Verfolgung auch von Vergewaltigungen in der Ehe - nicht um einer Strafverschärfung das Wort zu reden, sondern um einen Tatbestand als Vergewaltigung zu kennzeichnen, gleichgültig, ob er innerhalb oder außerhalb der Ehe geschieht.

Ein Themenkomplex, der sich mit konkreten Möglichkeiten zur Vereinbarung von Beruf und Familie befaßt, ist noch nicht abschließend behandelt worden. Hier fordert der Leit-antrag

- einen Einstieg in den Elternurlaub über betriebliche Vereinbarungen (solange es eine entsprechende gesetzliche Bundesregelung nicht gibt),
- die Ausdehnung der Beurlaubungsmöglichkeiten von Arbeitnehmern zur Betreuung eines kranken Kindes über fünf Tage hinaus, wenn der Arzt die Notwendigkeit attestiert,
- Kinder sollen ihre Eltern im Betrieb telefonisch erreichen können,
- Eltern sollen die Möglichkeit des gemeinsamen Mittagessens mit ihren Kindern in Betriebskantinen haben, wenn sie dies wünschen.

Daneben soll die öffentliche Hand familienergänzende Hilfen zur Betreuung der Kinder in Krippen, bei Tagesmüttern oder -vätern, in Horten oder Ganztagschulen anbieten.

Trotz des umfangreichen Programms bedürfen wichtige Fragen noch einer Erarbeitung, so zum Beispiel Frauen in den Medien, Frauen und Frieden, Frauen in der Politik sowie die besonderen Probleme von Frauen im ländlichen Raum. Dennoch ist eines klar: So wichtig der über etliche Monate andauernde Diskussionsprozeß der Partei und schließlich die Beschlußfassung auch sind, die schrittweise Umsetzung der Programmpunkte wird Gradmesser dafür sein, wie ernst es die Sozialdemokraten mit der Gleichstellung von Männern und Frauen tatsächlich meinen. Hier sind nicht nur die Parlamentarier und Parlamentarierinnen in Land, Bund und Gemeinden gefordert. Das Programm appelliert insbesondere auch an die Gewerkschaften und Betriebsräte, die Politik zur Gleichstellung von Männern und Frauen zu unterstützen und in der betrieblichen Praxis zu ihrem eigenen Anliegen zu machen.

(-/1. 12.1981/vo-he/ca)

+

+

+



An Perspektiven braucht es nicht zu fehlen!

Die Innerdeutschen Beziehungen am Anfang der 80er Jahre

Von Hans Böhler MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen

Bundeskanzler Helmut Schmidt hat in seiner Regierungserklärung vom 24. November 1980 die "gemeinsame Verantwortung und Aufgabe" beider deutscher Staaten für eine aktive Friedenssicherung hervorgehoben. Das ist die Grundlage für die Deutschlandpolitik Anfang der 80er Jahre. Nur eine realistische Betrachtungsweise der Handlungsmöglichkeiten beider deutscher Staaten ist angebracht. Beide deutsche Staaten sind eingebettet in verschiedene, diametral entgegengesetzte Sozial-, Wirtschafts- und Militärsysteme. Dieses tiefgehende Verflochtensein in verschiedene Systeme an der Nahestelle der größten Ansammlungen militärischer Potentiale in der Geschichte Europas hat größte Einflüsse auf die Entwicklung und den Zustand der beiden deutschen Staaten und ihr Verhältnis zueinander. Es ist im Grunde der Ausgangspunkt aller Überlegungen auf diesem Gebiet.

Die realitätsbezogene Analyse des hochkomplexen und sehr sensiblen Gleichgewichtszustandes an der Nahestelle zwischen Ost und West zwischen zwei Welten und zwei Systemen, ermöglicht es der Politik, neue Entwicklungsmöglichkeiten zu erkennen. Hier muß eine aktive Deutschlandpolitik einsetzen. Dabei müssen viele Faktoren der Entwicklung - ob positive oder negative - in Rechnung gestellt und gewichtet werden, um auf Tendenzen in den Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten vernünftig reagieren zu können.

Das wichtigste in der Deutschlandpolitik: Sie muß gegenüber Ost und West berechenbar bleiben, die jeweilige besondere Interessenlage erkennend, kompromiß- und jederzeit dialogbereit; dem Inhalt und den Zielvorstellungen nach friedensstiftend und gerichtet auf ein gutnachbarliches Verhältnis.

#### Internationale Entwicklungen

Die Entwicklung seit Beginn und besonders seit Mitte 1980 hat immer wieder deutlich gemacht, in welchem hohen Maße die Lage der innerdeutschen Beziehungen von Faktoren und Entwicklungen im allgemeinen Ost-West-Verhältnis bestimmt wird.

Von den international wirksamen Faktoren, die die Deutschlandpolitik stark beeinflussen, stehen die Situation in Polen und die Abrüstungsproblematik im Vordergrund.

1. Die Entwicklung in Polen wird von der politischen Führung der DDR mit tiefstem Mißtrauen verfolgt. Dabei steht im Vordergrund sicher auch die Sorge vor der Gefahr einer Ansteckung durch den "polnischen Bazillus". Die DDR befürchtet in erster Linie aber eine außenpolitische Schwächung der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Potenz des Warschauer Paktes; ideologisch die Erosion des kommunistischen Herrschaftssystems in Polen mit Folgen auch für andere Staaten und innenpolitisch Rückwirkungen auf die DDR selbst, die zur Gefährdung der eigenen Machtbasis führen könnten.
2. Abrüstungsproblematik wurde unter anderem von Generalsekretär Erich Honecker in der Parteitage Rede zum X. Parteitag der SPD - wie seitdem auch von anderen Politbüromitgliedern - unmittelbar mit der Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen verknüpft. Die DDR argumentiert, daß der NATO-Doppelbeschluß Tatbestände schaffen könne, die gegen die Normalisierung der Beziehungen wirken könnten. Der Doppelbeschluß könne das in den Beziehungen Erreichte gefährden. Mit dieser Warnung entsprach Honecker auch aktuellen Anforderungen der sowjetischen Westpolitik. Dennoch wächst augenscheinlich auch bei der DDR-Führung die Überzeugung, daß beide deutsche Staaten eine nicht zu unterschätzende Mitverantwortung für eine möglichst spannungsfreie Lage in Europa und nach den Erfahrungen der Geschichte eine besondere Verpflichtung zum Frieden haben. Ebenso wenig wie die DDR ist allerdings die Bundesregierung und die sozial-liberale Koalition bereit, auf den Rückhalt im eigenen



Bündnis zu verzichten. Beide müssen an diesem neuralgischen Punkt in Europa Vernunft und Verantwortung walten lassen. Auch Generalsekretär Honecker betonte kürzlich vor der 3. ZK-Tagung der SED die Mitverantwortung der beiden deutschen Staaten für den Frieden im Rahmen ihrer jeweiligen Bündnisse.

Es gehört zu den Grundvoraussetzungen der innerdeutschen und der europäischen Entspannungspolitik, daß jede Seite die Bündniszugehörigkeit der anderen Seite mit allen ihren Erfordernissen nicht in Frage stellt.

Anfang der 80er Jahre gehen wir Sozialdemokraten einerseits von der Erkenntnis aus, daß die deutsche Entspannung nicht abseits internationaler Vorgänge möglich ist, die das internationale Kräfteverhältnis und das Ost-West-Verhältnis insgesamt beeinflussen. Andererseits gelten unsere Bemühungen deshalb dem Ziel, in den innerdeutschen Beziehungen nicht noch zusätzliche Probleme zu verursachen, sondern durch den Dialog auf verschiedenen Ebenen das Verhältnis und die Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten fortzuentwickeln.

#### Innerdeutsche Beziehungen

Alle praktischen Beziehungen und Maßnahmen zur Verwirklichung der bestehenden Vereinbarungen seit dem Grundlagenvertrag sind von dem Bemühen gekennzeichnet, den Prozeß der Normalisierung des Verhältnisses weiterzuführen.

1. Trotz der Spannungen im allgemeinen Ost-West-Verhältnis arbeiten die nach dem Grundlagenvertrag vom 21. Dezember 1972 gebildeten Kommissionen:

- Grenzkommission
- Transitkommission
- Verkehrskommission

weiter sachlich und normal; das ist ein Wert an sich, der nicht unterschätzt werden sollte.

Der Wunsch der DDR nach Kontinuität ergibt sich auch aus dem positiven Verlauf dieser unmittelbaren Regierungskontakte. In den Kommissionen und Expertengesprächen über so unterschiedliche Bereiche wie den grenznahen Verkehr, die Praxis des Gesundheitsabkommens, die Nutzung der Braunkohle- und Erdgasvorkommen, die Autobahnanbindung, den Ausbau der Binnenwasserstraßen, den Gewässerschutz und grenzüberschreitender Kaliabbau wird die konkrete Arbeit fortgesetzt. Was die vertraglich vereinbarte Inhalte, Projekte und Termine angeht, handelt die DDR vertragsgerecht.

Im Zusammenhang mit der Abwicklung des Gesundheitsabkommens, der Lösung von Fragen der grenznahen Verkehrs, des Berliner Reiseverkehrs und Baumaßnahmen auf den Verkehrswegen zwischen Berlin und dem Bundesgebiet fanden in den zurückliegenden Jahren eine Reihe von Gesprächen von Beauftragten und Experten der beiden Regierungen beziehungsweise des Berliner Senats statt.

Von den Gesprächen auf hoher politischer Ebene, die das Klima positiv beeinflussen, sind zu erwähnen:

- Das Treffen zwischen Bundesminister Ertl mit SED-Politbüro-Mitglied Grüneberg im März 1980 und mit Außenhandelsminister Sölle während der Leipziger Frühjahrsbeziehungsweise Herbstmesse;
- das Gespräch von Politbüro-Mitglied und ZK-Sekretär Dr. Mittag anlässlich der Messe in Hannover im April 1980 und seine Unterredung mit Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Graf Lambsdorff in Bonn;
- das Gespräch zwischen Bundeskanzler Helmut Schmidt mit dem Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker während der Beisetzungsfeierlichkeiten für Staatspräsident Tito im Mai 1980 in Belgrad;
- das Treffen zwischen Bundesminister Hauff mit Politbüro-Mitglied Hager im Mai 1980;
- die Gespräche während der Frühjahrsmesse 1981 zwischen dem DDR-Staatsratsvorsitzenden Honecker, dem Parlamentarischen Staatssekretär Haehser und dem Leiter der Ständigen Vertretung, Staatssekretär Bölling, und das Gespräch am Rande der Vollversammlung der Vereinten Nationen zwischen Bundesaußenminister Genscher und DDR-Außenminister Fischer.

2. Was die Entwicklung im Reise- und Besuchsverkehr seit der Erhöhung der Mindestumtauschsätze im Herbst 1980 und die Frage der Grundsatzforderungen der DDR angeht, ergibt sich zur Zeit folgender Stand:

a / Negative Entwicklung

- o Zu Besuchen bei Verwandten und Bekannten und als Touristen reisten 1980 3,5 Millionen aus der Bundesrepublik Deutschland in die DDR. Das waren 2,9 Prozent weniger als 1979.
- o Von Januar bis August 1981 reisten 1,9 Millionen Menschen in die DDR. Gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres war das ein Rückgang um 23,8 Prozent.
- o Im grenznahen Tagesverkehr wirkte sich die Erhöhung des Mindestumtausches noch stärker aus. Während 1979 noch 416.000 Bürger in die grenznahen Gebiete der DDR eingereist waren, waren es 1980 nur noch 392.000. Von Januar bis August 1981 reisten 162.634 Bürger. Gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres bedeutete das einen Rückgang von 32,5 Prozent.
- o Die Erhöhung des Mindestumtausches wird von der Bundesregierung, dem Parlament und von der Bevölkerung in der Bundesrepublik und insbesondere in Berlin (West) und sicher auch von den Bürgern in der DDR als Gefährdung der erreichten Verbesserungen und als Rückschlag in den innerdeutschen Beziehungen empfunden.

Die Bundesregierung hat auf jeder möglichen Ebene mit Nachdruck ihre Erwartung ausgesprochen, daß die Führung der DDR diesen Eingriff in den Bestand an menschlichen Kontakten korrigiert. Für uns bleibt die Aufforderung an die DDR, daß sie den Eingriff in die menschlichen Kontakte wieder rückgängig macht, und insbesondere die materiellen Belastungen für die sozial Schwachen wie Rentner, Behinderte, kinderreiche Familien, aber auch für Personen, die sich längere Zeit zur Pflege ihrer Familienmitglieder in der DDR aufhalten, aufhebt.

In der Rede Honeckers in Gera im Oktober 1980 waren die bekannten Grundsatzforderungen, insbesondere die der Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft, stark herausgestellt worden. Auf dem X. Parteitag der SED im April 1981 wurden diese Forderungen noch einmal bekräftigt. Allerdings wird seit einigen Monaten darauf verzichtet, diese besondere Interessenlage der DDR dringlich oder im Sinne unabweisbarer Vorbedingungen für die Weiterentwicklung der Beziehungen vorzutragen. Die DDR kennt die Positionen der Bundesregierung dazu. Es wäre der Verbesserung des Klimas sehr abträglich, würde die DDR zu einer harten Haltung zurückkehren und die Beziehungen mit den im Grundlagenvertrag festgestellten unterschiedlichen Auffassungen zu grundsätzlichen Fragen belasten.

b/ Positive Entwicklung

- o Im Jahr 1980 kamen 1,55 Millionen Rentner zu Besuchsreisen aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland. Gegenüber dem Vorjahr war dies eine Steigerung von 13,5 Prozent. Von Januar bis August 1981 reisten über eine Million Rentner zu Besuchen in die Bundesrepublik Deutschland ein. Gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres war dies eine Steigerung von 2,4 Prozent.
- o Im Transitverkehr von und nach Berlin (West) reisten:
 

1974:	13,554 Millionen
1980:	19,410 Millionen
- o Der innerdeutsche Handel ist im ersten Halbjahr 1981 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um vier Prozent gestiegen. Die Lieferungen in die DDR haben um sechs Prozent zugenommen und die Bezüge aus der DDR um drei Prozent. Im ersten Halbjahr 1981 hat somit - nicht unerwartet - das hohe Wachstumstempo des Vorjahres an Schwung verloren. Trotzdem bleibt der erreichte Zuwachs von vier Prozent angesichts der schwieriger gewordenen wirtschaftlichen Probleme nicht unbefriedigend. Auch wenn sich die Verkäufe unserer Firmen in die DDR wieder stärker erhöht haben als die Bezüge, bleibt dennoch deutlich, daß die DDR auch weiterhin bemüht ist, für sich eine positive Handelsbilanz zu erreichen.





Perspektiven

Ausgangspunkt ist die Tatsache, daß unsere freiheitlich-demokratische Verfassung, unsere pluralistische Demokratie die stärkere Kraft ist. Sie ist das für die Menschen gerechtere und angemessenere System. Und deshalb dürfen wir auch immer wieder deutlich machen, daß unsere Politik keine Politik der Nadelstiche, des Aufreißen von Gräben zwischen Ost und West ist.

Wir verwischen aber auch keine Gegensätze, die sich aus den wesentlichen Merkmalen der beiden Gesellschaftsordnungen ergeben.

Wenn nicht alles täuscht, stehen wir am Anfang einer Versachlichung der Deutschlandpolitik. Zwischen dem Auftrag des Grundgesetzes - die Einheit des deutschen Volkes zu vollenden - und den normalen Beziehungen der beiden deutschen Staaten in den siebziger Jahren liegt für die achtziger Jahre ein weites und unbestelltes Feld. Die Zukunft ist offen und hat jenseits der festgeschriebenen Regelungen einen weiten Spielraum, den man in dieser neuen Phase der Sachlichkeit in aller Ruhe durchdenken sollte. Der Spielraum ist in der Tat größer, als mancher Pessimist annimmt.

o Ein Moment der Bewegung: Zwar darf nicht gerüttelt werden am Nationenbegriff und an der Staatsbürgerschaftsfrage - wie sie durch das Bundesverfassungsurteil und den einschlägigen Stellen unseres Grundgesetzes definiert sind - aber darin erschöpft sich längst nicht eine aktive, vernünftige, an menschlichen Erleichterungen orientierte Deutschlandpolitik. Wir handeln weiter "unbeschadet der unterschiedlichen Auffassungen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR zu grundsätzlichen Fragen...", wie es in der Präambel zum Grundlagenvertrag von 1972 heißt.

o Bewegungsmomente liegen

- in der Förderung der ökonomischen Entwicklung, die beiden Seiten zugute kommt, durch intensivere Zusammenarbeit und einen langfristig angelegten Vertrag über wirtschaftliche und industrielle Kooperationen;
- in der gesamt-europäischen Einbindung Berlins und des Zonenrandgebietes in Verkehrssystemen;
- in neuen Modellen von Energiekooperation (Stromtausch zum Beispiel);
- in der intensiveren Zusammenarbeit in Wissenschaft und Technik;
- in der Öffnung weiterer Grenzübergänge und Verbesserungen im grenznahen Verkehr;
- in der Vereinfachung der Reise- und Abfertigungsdokumente und -modalitäten.

o Wenn man von den zukünftigen Bewegungsmomenten oder Perspektiven spricht, dann ist es natürlich auch wichtig und für die gemeinsame deutsche Sache fast noch wichtiger, daß die gemeinsame Kultur nicht verloren geht. Wir müssen zum Beispiel begreifen, daß in der DDR die Schriftsteller und Künstler uns einiges zu sagen haben, was wir kritisch und konstruktiv zur Kenntnis nehmen sollten. Auch und gerade hier: Ein Austausch ist auch unterhalb des Kulturabkommens möglich.

An Perspektiven braucht es daher nicht zu fehlen. Ein weites und unbestelltes Feld muß die Deutschlandpolitik in den achtziger Jahren erst noch in Angriff nehmen. Wenn ein guter Wille auf beiden Seiten dahintersteht - warum eigentlich sollten beide deutschen Staaten im Interesse der Menschen nicht ein Stück vorankommen?

Dies alles muß vor dem Hintergrund der gemeinsam betonten Verantwortung für den Frieden gesehen werden. Deutsche in beiden Staaten werden näher zusammenrücken müssen, unabhängig von sonstigen unterschiedlichen Auffassungen, um nicht letztlich die Leidtragenden zu werden. Sie müssen in den verschiedenen Bündnissen verantwortungsvoll ihre besondere aktive Rolle spielen und die Sicherung des Friedens den beiden Großmächten nicht allein überlassen. Im eigenen nationalen Interesse müssen sie immer wieder versuchen, hilfreich zu sein.

(-/1.12.1981/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

